



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Geschäftsführung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Frau Haller-Vetter

Telefon: (0221) 22822

Fax: (0221) 27214

E-Mail: ursula.haller-vetter@stadt-koeln.de

Datum: 19.01.2023

Niederschrift

über die **7. Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 29.09.2022, 14:00 Uhr bis 16:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker Oberbürgermeisterin Dezernat OB

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Steven Adam	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Erftkreis
Frau Annette Hepp	DSB-Regionalgruppe der Schwerhörigen und Ertaubten Köln und Umgebung e.V.
Herr Paul Intveen	Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V.
Frau Ellen Kuhn	Zentrum für selbstbestimmtes Leben Köln EUTB "Selbstbestimmt Leben" Köln
Herr Wolfgang Schaefer	Deutsches Rotes Kreuz
Herr Andreas Thermann	AWO Kreisverband Köln e.V.
Herr Andreas Weber	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Alexandra Dicks	Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH
Frau Rose Jokic	Beratungsstelle (EUTB) im "Selbstbestimmt Leben" Köln
Frau Tatjana Puris	Synagogen-Gemeinde Köln

Beratende Mitglieder

Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Frau Cornelia Schmerbach	Auf Vorschlag von SPD
Herr Dirk Kluwig	Auf Vorschlag von DIE LINKE

Herr Benedikt Liefertz

Auf Vorschlag der FDP

Ständige Gäste

Herr Thomas Peters

Landschaftsverband Rheinland

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Laura Loscheider

Auf Vorschlag von Volt

Verwaltung

Frau Bettina Baum

Amt für Integration und Vielfalt (16)

Herr Ulrike Corr

512 Amt für Kinder, Jugend und Familie

Frau Nurcan Gottschalk

Amt für Integration und Vielfalt (161)

Frau Dr. Marion Hesse-Zwillus

4522 Museumsdienst

Herr Ulrich Horn

61 Stadtplanungsamt

Herr Stephan Jacobs

E-Government und Online-Dienste (1300-2)

Frau Anne Kreische

53 Gesundheitsamt

Frau Petra Potze

GPR

Herr Thomas Roß

50 Amt für Soziales, Arbeit und Senioren

Herr Ronny Sämann

66 Amt für Straßen und Radwegebau

Frau Mirjam Tomse

Amt für Integration und Vielfalt (161/2)

Frau Anne Weber

52 Sportamt

Frau Birgit Woltmann

50 Amt für Soziales, Arbeit und Senioren

Gäste

Herr Dr. Dr. Rainer Broicher

Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Frau Ulrike Müller-Harth

Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Herr Achim Schmitz

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Jutta Geurten

AG Selbsthilfe Marcumar Selbsthilfegruppe

Frau Ute Herbst

Diakonie Michaelshoven Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Nicole Buch

ahoi Köln e.V. und Elternverein Josef-Grunewald-Schule/LVR

Frau Sandy Drögehorn

Landesverband Psychiatrie - Erfahrener NRW e.V.

Frau Ute Frein	VdK
Herr Heinz-Peter Helmes	Sozialverband Deutschland e. V. Bezirk Köln-Leverkusen-Erftkreis
Herr Andreas Pöttgen	AWO Kreisverband Köln e.V.
Frau Susanne Steltzer	Caritasverband für die Stadt Köln e.V. Caritas-Zentrum Köln Kalk Leistungsbereichsleitung

Beratende Mitglieder

Herr Thomas Welter	CDU
Frau Jennifer Glashagen	Volt
Herr Philipp Busch	AfD-Fraktion

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Erika Küllchen	Der Paritätische Wohlfahrtsverband wohn mobil PariSozial gGmbH Köln
---------------------	---

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Beate Hane-Knoll	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP
Herr Lars Wahlen	GRÜNE

Frau Oberbürgermeisterin Reker begrüßt die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, die Vertreter*innen der Verwaltung sowie die Gäste zur hybriden Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik.

Festlegung der Tagesordnung:

Die Einladung wurde am 16.09.2022 im Internet veröffentlicht. Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wurden per E-Mail am gleichen Tag hierüber informiert.

Nach Veröffentlichung wurden weitere Tagesordnungspunkte angemeldet bzw. zurückgestellt:

I. Öffentlicher Teil

TOP 2.2 Beratende Mitglieder

hier: Begrüßung neuer beratender Mitglieder aus den Fraktionen im Kölner Rat

Zugesetzt. 15.09.2022

TOP 3.2 Öffentlichkeitsbeteiligung und Möglichkeit der Teilhabe von Menschen mit Behinderung

hier: Anfrage von Paul Intveen und Ellen Kuhn in der Sitzung der StadtAG Behindertenpolitik am 23.06.2022

2965/2022

TOP 4.4 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Paul Intveen zum Thema ‚Elternbroschüre Inklusive Bildung an Kölner (Grund-) Schulen (1421/2022)‘

3007/2022

Zugesetzt: 22.09.2022

TOP 4.5 Barrierefreiheit in Kölner Schwimmbädern - Beantwortung zur Sitzung am 29.09.2022
3096/2022

Zugesetzt: 22.09.2022

TOP 4.6 Beantwortung einer Anfrage zum Antrag auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII, 4. Kapitel
3099/2022

Zugesetzt: 26.09.2022

TOP 5.1 „Elektro-Tretroller – Klärung von rechtlichen Grundlagen“
hier: Sachstandsnachfrage zu TOP 4.1 der Sitzung vom 18.11.2021 der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Zugesetzt: 22.09.2022

Änderungswünsche:

TOP 5.1 soll vorgezogen werden und unter TOP 1 behandelt werden.

Die Tagesordnung wird wie folgt genehmigt. Aus technischen Gründen lässt sich die durch Beschluss geänderte Tagesordnung leider so nicht abbilden. In der Sitzung wurden die TOPs entsprechend wie beschlossen beraten.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gespräche und Vorträge

2 Anträge, Beschlüsse und Beschlussempfehlungen

2.1 Wahl einer Stellvertretung in der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege

2.2 Beratende Mitglieder
hier: Begrüßung neuer beratender Mitglieder aus den Fraktionen im Kölner Rat

3 Teilhabe von Menschen mit Behinderung bei Bürgerbeteiligungen und Verwaltungsvorhaben

3.1 Weiterer Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung
2142/2022

3.2 Öffentlichkeitsbeteiligung und Möglichkeit der Teilhabe von Menschen mit Behinderung
hier: Anfrage von Paul Intveen und Ellen Kuhn in der Sitzung der StadtAG Behindertenpolitik am 23.06.2022
2965/2022

- 4 Mitteilungen, Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 4.1 Veranstaltung zum Kölner Tag der Menschen mit Behinderung am 12.09.2022 zum Thema Gesundheit
2236/2022
- 4.2 1. Sitzung des Begleitgremiums zum kommunalen Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln 2021-2025
2465/2022
- 4.3 Pilotprojekt „Teilhabe Leben – Abbau von Barrieren in der Kölner Kommunalpolitik“
hier: Verwendung der Mittel aus dem politischen Veränderungsnachweis 2022
0911/2022
- 4.4 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Paul Intveen zum Thema ‚Elternbroschüre Inklusive Bildung an Kölner (Grund-) Schulen (1421/2022)‘
3007/2022
- 4.5 Barrierefreiheit in Kölner Schwimmbädern - Beantwortung zur Sitzung am 29.09.2022
3096/2022
- 4.6 Beantwortung einer Anfrage zum Antrag auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII, 4. Kapitel)
3099/2022
- 5 Anfragen**
- 5.1 „Elektro-Tretroller – Klärung von rechtlichen Grundlagen“
hier: Sachstandsnachfrage zu TOP 4.1 der Sitzung vom 18.11.2021 der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
- 6 Bericht des Behindertenbeauftragten**
- 7 Diversity**
- 8 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates**
- 9 Verschiedenes**

I. Öffentlicher Teil

1 Gespräche und Vorträge

2 Anträge, Beschlüsse und Beschlussempfehlungen

2.1 Wahl einer Stellvertretung in der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik soll weiterhin in der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege vertreten sein. Frau Grimbach- Schmalfuß ist die Vertreterin.

Nachdem der bisherige Stellvertreter ausgeschieden ist, ist eine neue Stellvertretung zu wählen.

Die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen schlagen als deren Stellvertreter Herrn Frank Feles vor.

Beschluss

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt Herrn Frank Feles als deren Stellvertreter in die Kommunale Konferenz Alter und Pflege zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

2.2 Beratende Mitglieder

hier: Begrüßung neuer beratender Mitglieder aus den Fraktionen im Kölner Rat

Es wurden neue beratende Mitglieder benannt.

Für die Fraktion Volt:

Laura Claire Loscheider als Stellvertreterin für Jennifer Glashagen.

Für die Fraktion AfD:

Herr Philipp Busch.

Beschluss:

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik begrüßen die neuen beratenden Mitglieder aus den Fraktionen im Kölner Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

3 Teilhabe von Menschen mit Behinderung bei Bürgerbeteiligungen und Verwaltungsvorhaben

3.1 Weiterer Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung 2142/2022

Frau Kuhn findet diese Entwicklung erfreulich. Sie weist aber darauf hin, dass es einen Leitfaden Öffentlichkeitsbeteiligung und ein Handlungskonzept Barrierefreiheit gibt. Sie stellt die Frage, warum gibt es nicht nur ein Dokument, das alles enthält. Dies wäre auch praktikabler, weil Barrierefreiheit immer mitbedacht werden muss.

Frau Kuhn weist darauf hin, dass im Leitfaden einige Formulierungen enthalten sind, die nicht korrekt sind.

Beispiele:

Seite 71: „...halten Sie bestenfalls entsprechende Angebote bereit“. Das „bestenfalls“ ist falsch.

„Bei einer größeren Veranstaltung bietet sich ein Angebot in Gebärdensprache an“. Dies ist zu vage.

„Sie sollten die Verwendung von Mikrofonen und einer Induktionsanlage erwägen“. Das „erwägen“ ist zu vage.

Die Punkte sind so zu formulieren, dass es keine Aufwertung einer Veranstaltung ist, sondern ein Muss. Auch geht es nicht darum, nur Veranstaltungen für Menschen mit Behinderung entsprechend barrierefrei zu planen. Es geht um alle Veranstaltungen, denn Menschen mit Behinderung wollen sich zu allen Planungen äußern. Die Zugänglichkeit des Verfahrens und der Information muss jederzeit für jeden möglich sein. Das ist durch das Papier nicht gewährleistet.

Frau Reker sagt eine Überarbeitung der Unterlagen zu. Frau Tomše ist in den entsprechenden Gremien in der Beteiligung und nimmt die Anregungen mit.

Frau Hepp weist darauf hin, dass nicht immer eine Anmeldung gefordert werden soll. Das ist zeitlich nicht immer zu gewährleisten. Außerdem sind die Veranstaltungen generell barrierefrei zu planen. Oft gibt es Induktionsschleifen in den Räumen, die gar nicht eingeschaltet sind.

Herr Intveen verweist darauf, dass gerade eine Checkliste entwickelt wird, damit Veranstalter*innen damit planen können. Frau Tomše ergänzt, dass noch in 2022 die Workshops zur Erstellung der Checkliste stattfinden.

Frau Kuhn bittet, dass sowohl die Checkliste wie auch das Handlungskonzept Barrierefreiheit in den Leitfaden mit aufgenommen werden. Es darf nur eine Unterlage geben.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.2 Öffentlichkeitsbeteiligung und Möglichkeit der Teilhabe von Menschen mit Behinderung hier: Anfrage von Paul Intveen und Ellen Kuhn in der Sitzung der Stadt-AG Behindertenpolitik am 23.06.2022 2965/2022

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen, Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

4.1 Veranstaltung zum Kölner Tag der Menschen mit Behinderung am 12.09.2022 zum Thema Gesundheit 2236/2022

Diese Mitteilung dient lediglich zur Information der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, dass die Gremien Integrationsrat, Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren, Gesundheitsausschuss sowie Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender zum Fachtag eingeladen wurden.

Herr Intveen dankt allen Organisator*innen der Veranstaltung. Die Veranstaltung war gut und wichtig. Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hätten es sehr begrüßt, wenn Frau Reker teilgenommen hätte.

Im Rahmen der Veranstaltung wurden viele Probleme zusammengetragen und Beispiele aufgezeigt, die teilweise erschütternd sind. Herr Intveen dankt dem Vertreter des Gesundheitsamtes für das Angebot, das Thema in die Kommunale Gesundheitskonferenz mit aufzunehmen.

Er appelliert an alle Anwesenden und speziell an die Politik, sich zu engagieren und Ideen zu entwickeln, was konkret getan werden kann. Welche Möglichkeiten ergeben sich aus der Verwaltung und den Gremien heraus, speziell an die Leistungserbringer*innen, die niedergelassenen Ärzt*innen und die Kliniken im Einflussbereich der Stadt Köln heranzutreten, um für das Thema zu sensibilisieren und Verbesserungen anzuregen. Zum Beispiel sind im HNO-Bereich der Uniklinik Köln im Wartebereich für hörgeschädigte Menschen keine visuellen Signalmöglichkeiten gegeben, um Wartende aufzurufen.

Er bittet die Stadt und die Politik, ihren Einfluss bei der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) für den Kölner Bereich geltend zu machen, weil diese den besten Zugang zu den Leistungserbringer*innen hat.

Frau Reker weist darauf hin, dass sie leider nicht alle Termine wahrnehmen kann. Sie betont aber, wie wichtig ihr dieses Thema ist. Frau Reker sagt die Kontaktaufnahme zur KV und zur Uniklinik zu.

Herr Kluwig bittet, bei künftigen Veranstaltungen und allen weiteren Maßnahmen das Thema psychische Beeinträchtigungen mit zu berücksichtigen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2 1. Sitzung des Begleitgremiums zum kommunalen Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln 2021-2025 2465/2022

Herr Intveen berichtet für die sachkundige Einwohnerin Lydia Richter, dass das Gremium allen Themen sehr offen gegenüber steht.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.3 Pilotprojekt „Teilhabe Leben – Abbau von Barrieren in der Kölner Kommunalpolitik“
hier: Verwendung der Mittel aus dem politischen Veränderungsnachweis 2022
0911/2022**

Frau Tomše berichtet, dass das Pilotprojekt jetzt wie vorgeschlagen starten kann. Das Projekt wird evaluiert und ausgewertet. Daher sind Rückmeldungen zu den Maßnahmen erwünscht.

Herr Intveen weist darauf hin, dass im Ratsinformationssystem die Unterlagen in Hinblick auf Barrierefreiheit nicht gut vorbereitet sind und daher nicht gut genutzt werden können.

Frau Loscheider bittet, die Vorlagen kurz in einfacher Sprache am Ende zusammenzufassen. Dann kann man die Vorlagen besser verstehen.

Herr Bauer-Dahm informiert, dass der Rat am 24.06.2021 beschlossen hat, dass die Verwaltung

„in den Grenzen der notwendigen Rechtssicherheit - zukünftige Verwaltungsvorlagen ebenfalls in möglichst einfacher Sprache einbringt. Die Verwaltung stellt ihren Vorlagen zusätzlich eine kurze Zusammenfassung in Leichter Sprache voran – ähnlich wie es z.B. der LVR bereits umsetzt.“

(s. TOP Ö 3.1.8: Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., Volt , der Gruppe GUT Köln und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Einfache Sprache als Verwaltungsstandard" [AN/1415/2021](#);
[Ratsbeschluss: https://ratsinformation.stadt-koeln.de/to0050.asp?_ktonr=326426](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/to0050.asp?_ktonr=326426)

Frau Reker verweist darauf, dass die Sachverhalte in vielen Vorlagen sehr kompliziert sind. Die Verwaltung habe dies ausprobiert und festgestellt, dass nicht alle wichtigen Inhalte transportiert werden können. Daher plädiert sie dafür, dies erst einmal in einem kleinen Rahmen auszuprobieren. Denn sie kann das Anliegen gut verstehen.

Frau Schmerbach teilt mit, dass auch der LVR die einfache Sprache erst langsam in die Gremien eingeführt hat. Inzwischen gibt es das für alle Gremien. Sie plädiert dafür, dass die Stadt Köln ebenso vorgeht.

Frau Baum teilt mit, dass sie diese Anregung im Rahmen des Pilotprojektes aufnehmen wird und beim Amt für Integration und Vielfalt künftig die Vorlagen mit einer Zusammenfassung in einfacher Sprache erstellt werden. Ergebnisse der Evaluation können im Nachgang der Verwaltung mitgeteilt werden. Hierdurch könnten andere Gremien überzeugt werden, es ebenso zu machen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.4 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Paul Intveen zum Thema ‚Elternbroschüre Inklusive Bildung an Kölner (Grund-) Schulen (1421/2022)‘
3007/2022**

Herr Intveen bittet, die Beantwortung ebenso dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung zu stellen. Das Thema Schüler*innenfahrten muss dringend angesprochen werden. Besonders Schüler*innen mit Behinderung haben hier große Probleme.

Frau Reker kennt keine Problematik bei dem Thema Schüler*innenfahrten. Falls problematische Einzelfälle bekannt sind, bittet sie, ihr diese zu benennen.

Frau Müller-Harth von Mittendrin e.V. kennt zahlreiche problematische Fälle, die sie gerne benennen kann.

Frau Reker möchte, dass das Ergebnis der Beratungen im Schulausschuss zur Anfrage der Linken [AN/1393/2022](#), https://ratsinformation.stadt-koeln.de/to0050.asp?_ktonr=357017, auch der Stadtarbeitsgemeinschaft zur Kenntnis gegeben wird.

(Hinweis der Geschäftsführung: Inzwischen liegt die Beantwortung dem Schulausschuss vor: <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=896906&type=do>)

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.5 Barrierefreiheit in Kölner Schwimmbädern - Beantwortung zur Sitzung am 29.09.2022 3096/2022

Herr Bauer-Dahm würdigt die Darstellung der KölnBäder GmbH. Es fehle darin jedoch der Bereich der Leichten und einfachen Sprache. Herr Bauer-Dahm weist darauf hin, dass die Tochterunternehmen der Stadt Köln gebeten wurden, Beschilderung nach Möglichkeit in möglichst einfacher Sprache vorzunehmen.

Die KölnBäder GmbH wird angefragt, ob dieses Anliegen dort bekannt ist und umgesetzt wird.

Herr Kluwig fragt nach, warum das Schwimmbad in Deutz nicht umgebaut werden kann? Trotz der hohen Kosten sollten, anstelle von Prestigeprojekten, Projekte zur Barrierefreiheit für Behinderte und soziale Projekte angegangen werden. Der KölnBäder GmbH wird der dringende Wunsch danach zur Kenntnis gegeben.

Herr Intveen erläutert, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik das Thema Bauen / öffentliche Gebäude, wozu auch Schwimmbäder gehören, verantwortlich an den Arbeitskreis Barrierefreies Köln delegiert hat. Die Antwort auf die Anfrage von Herrn Kluwig/der Fraktion DIE LINKE habe in deren letzten Beratung keinen Platz gefunden. Der Arbeitskreis werde sich eventuell noch äußern, wie dieser die Situation beurteilt.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.6 Beantwortung einer Anfrage zum Antrag auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII, 4. Kapitel) 3099/2022

Die Vorlage wird zurückgestellt und soll in der ersten Sitzung 2023 erneut vorgelegt werden.

5 Anfragen

5.1 „Elektro-Tretroller – Klärung von rechtlichen Grundlagen“ hier: Sachstandsnachfrage zu TOP 4.1 der Sitzung vom 18.11.2021 der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Die Vorlage wurde aufgrund von Beratungsbedarf unter TOP 1 behandelt.

Frau Tomše verliert auf Bitte von Frau Oberbürgermeisterin Reker eine schriftliche Antwort des Amtes für nachhaltige Mobilitätsentwicklung.

„Die Haltung der Verwaltung ist eindeutig und man hat dies durch Einrichtung der Sondernutzungserlaubnis (siehe Ratsbeschluss 2021) auch deutlich nach außen kommuniziert. Da es sich allerdings um ein laufendes Verfahren handelt, erfolgt hierzu aktuell keine weitere Einschätzung.

Kaum eine Kommune in Deutschland hat seit Sommer 2021 so viel zur Regulierung der E-Scooter umgesetzt und erarbeitet wie Köln.

- Abstellverbotszonen wurden umfangreich erweitert
- Hot-Spots wurden in Abstimmung mit der Polizei eingerichtet (an denen am Wochenende kein E-Scooter stehen darf)
- Alle E-Scooter wurden auf Aufforderung der Verwaltung mit Kontaktdaten versehen
- Einrichtung weiterer ausgeschilderter Rückgabebereiche für E-Scooter.

Seitdem wurde die gesamte Sondernutzungsgenehmigung erarbeitet und aufgestellt. Hierzu haben seit Frühjahr sehr intensiv eine Vielzahl an Ämtern und Dienststellen umfänglich zusammen gearbeitet. Aufgrund der Sondernutzung haben sich bereits zwei Anbieter*innen aus Köln zurückgezogen.

Da sich diese Gemengelage hinsichtlich der Aufstellung Sondernutzungserlaubnis, erste Laufzeit und etwaiger rechtlicher Rückmeldungen in den Sommer fielen, konnte im Juni kein konkreter aussagekräftiger Sachstand mitgeteilt werden. Da sich die Themen noch in der Bearbeitung und Änderung befinden, soll eine Beantwortung in der nächsten Sitzung erfolgen.“

Frau Reker ergänzt, dass das Thema E-Scooter in vielen städtischen Gremien beraten wird, unter anderem auch im Verwaltungsvorstand. Obwohl inzwischen viele sinnvolle Maßnahmen, wie zuvor beschrieben, ergriffen wurden, ist das größte Problem, dass Nutzer*innen sich nicht an die festgelegten Regeln halten. Die Abstellverbotszonen wurden tatsächlich umfangreich erweitert.

Herr Inveen verweist darauf, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik auf dem üblichen formalen Weg Fragen gestellt hat, die auf dem üblichen formalen Weg mit Einhaltung von Fristen beantwortet werden müssen. Dies ist seit fast einem Jahr bis heute nicht passiert.

Er möchte gerne wissen, wie die Politik die Situation bewertet.

Frau Reker verweist nochmals auf alle Maßnahmen, die ergriffen wurden. Allerdings wurde von den Betreiber*innen geklagt, so dass der Ausgang des Klageverfahrens abgewartet werden muss. Sie macht deutlich, dass die Stadtverwaltung davon ausgeht, dass die Maßnahmen, die durchgeführt wurden, sinnvoll und richtig seien. Jedoch kann nur ein Gericht durch sein Urteil hier Rechtssicherheit schaffen. Das Ziel der Maßnahmen ist der Schutz aller Nutzer*innen der Verkehrsflächen zu allen Tages- und Nachtzeiten.

Frau Reker kann verstehen, dass die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik mit der Situation nicht zufrieden sind. Sie sichert die Beantwortung der Fragen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur nächsten Sitzung zu.

Frau Schmerbach teilt mit, dass sie angeregt hat, die Vorgehensweise der Stadt mit anderen Kommunen abzustimmen.

Frau Reker ergänzt, dass die Regelungen das ganze Stadtgebiet betreffen. Die Stadt sei außerdem im Austausch mit anderen Kommunen.

Herr Intveen bittet darum, die noch ausstehende schriftliche Antwort auch allen Gremien, die dafür zuständig sind, zur Kenntnis zu geben.

Außerdem bittet er die Mitglieder der Fraktionen, das Problem in ihren Fraktionen zu besprechen.

Herr Bauer-Dahm teilt mit, dass das Thema ein Dauerthema bei allen Fraktionen ist.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die mündliche Mitteilung zur Kenntnis.

6 Bericht des Behindertenbeauftragten

Frau Tomše berichtet, dass derzeit der Kölner Tag der Menschen mit Behinderung nachbereitet wird. Es wird eine Dokumentation zum Fachtag geben, die auch die Ideen und Anregungen festhalten wird. Die Dokumentation wird online zur Verfügung stehen und Basis für die weiteren Arbeiten sein.

Es wird gemeinsam mit Inklusive Bildung NRW ein Konzept für eine Fortbildungsveranstaltung für die Beschäftigten der Stadtverwaltung Köln, zur Sensibilisierung im Umgang mit Menschen mit Behinderungen, erstellt. Durchgeführt wird die Fortbildung von den Coaches von Inklusive Bildung NRW, die selbst verschiedene Behinderungen haben.

Das Programm startet zuerst im Amt für Inklusion und Vielfalt. Nachdem es dort optimiert wurde, wird es für alle Beschäftigten angeboten werden.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Bericht zur Kenntnis.

7 Diversity

8 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

9 Verschiedenes

Herr Intveen regt an, für die Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft einen dauerhaften Tagesordnungspunkt zum Thema „Kölner Verkehrsbetriebe“ einzurichten. So wie es auch für das Thema „Diversity“ gehandhabt wird. Ziel sei ein reger Informationsaustausch über die Abstimmungsebene und den Arbeitskreis Barrierefreies Köln hinaus.

Die Kölner Verkehrsbetriebe werden gebeten, sich zu dieser Anregung zu äußern.

Frau Reker wird das Thema mitnehmen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, dass die nächste Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 14.11.2022, 14 Uhr wieder in hybrider Form erfolgen wird.

Gez. Henriette Reker
(Vorsitzende / Oberbürgermeisterin)

gez. Ursula Haller-Vetter
(Schriftführerin / Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten-
politik)